Mittwoch, 26. September 1923. **Einzelnummer 2000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 218.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 70000.— in den Ausgabestellen 71000.— durch Zeitungsboten 72000.— am Postamt ..... 70910.— Postgebühren besonders ins Ausland 80 000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 1500.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M. Reklameteil 4000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das Elend in Deutschland.

Mancher Ausländer, der in Deutschland weilt, sieht über dem falschen Schein die wahrhaftige Wahrheit nicht. Er sagt: die Theater sind voll, in den feinen Restaurants ist jeder Tisch besetzt, in Kaffeehäusern und Vergnügungsstätten scheint kein Mangel zu herrschen. Wo ist denn die Not, die in Deutschland angeblich herrschen soll?

Der Ausländer, der nur in Cafés und Theatern, in erstklassigen Hotels und Bars nach der Not in Deutschland sucht, wird sie nicht finden. Diese Lokale sind besucht teils von Fremden aus aller Herren Länder, teils von einer Schicht Deutscher, die infolge ihrer innigen Beziehung zum valutastarken Ausland die Möglichkeit haben, unter Nichtachtung der großen Not so gut zu leben wie in den Vorkriegstagen.

Wer wirklich sehen will, wie es in Deutschland aussieht, der darf nicht an Stätten lernen wollen, wo die Fremden schon in normalen Zeiten am wenigsten das Wesen eines Landes ergründen konnten. Er muß sich von einem landeskundigen Freund dorthin führen lassen, wo er ernstlich die Lage des arbeitsamen Volkes sehen, die tatsächlichen Verhältnisse der bürgerlichen Bevölkerung prüfen kann. Er muß sich insbesondere von **Aerzten** über die gesundheitlichen Zustände in Deutschland aufklären lassen. Der Arzt sieht am besten in das innere Leben der Familien hinein, ihm kommen die letzten Auswirkungen allgemeiner Not und schwer lastenden Elends vor Augen.

In „Ost und Süd", der illustrierten Wochenschrift der „Münchener Neuest. Nachr.", gibt ein Arzt eine furchtbare Schilderung der gegenwärtigen Zustände in Deutschland. Er schreibt:

Die eigentliche Not- und Elendsseuche ist **die Tuberkulose**. Dieser unheimliche Gast gedeiht am besten unter schlechten äußeren Lebensbedingungen. **Unterernährung, Wohnungselend** sind die Wurzeln seiner Kraft. In den Jahren **vor** dem Kriege war es gelungen, die Tuberkulosesterblichkeit langsam, aber sicher immer weiter zurückzudrängen. Jetzt nimmt sie **seit Kriegsende unaufhaltsam** zu, am meisten unter den Kindern. In den inneren Bezirken von Berlin betrug die Tuberkulosesterblichkeit, auf je 10 000 Lebende berechnet, im Jahre 1920 noch 14,96. Im Jahre 1922 war die gleiche Ziffer bereits auf 18,35 gestiegen, gegenüber einer Tuberkulosesterblichkeitsziffer von 12,4 auf 10 000 Lebende in den inneren Bezirken Londons, also auch einer großen, nicht als tuberkulosefremd anzusehenden Stadt. Im Jahre 1923 ist mit Sicherheit eine weitere Zunahme der Tuberkuloseerkrankungsziffer und der Tuberkulosesterblichkeitszahl zu erwarten.

Mit eine Hauptursache ist das ungeheure **Wohnungselend**, von dem gerade der flüchtige Reisende kaum etwas zu sehen bekommt. Die Verhältnisse sind unübertreibbar **schauerlich**. Infolge der ungeheuren Teuerung, wie sie mit der Entwertung der Mark naturnotwendig einhergeht, ist es nicht möglich, Baustoffe in genügender Menge herbeizuschaffen. Im Gegensatz zu den anderen am Krieg beteiligten Ländern, wo unmittelbar nach dem Kriege auch Wohnungsnot bestand, konnte in Deutschland nicht genügend gebaut werden. Hunderte und Tausende von Familien sind **aus den besetzten Gebieten vertrieben** worden und **verengern den ohnehin ungenügenden Wohnraum** weiterhin. Die Folge sind Zustände der Wohnungsüberfüllung, wie sie beispielsweise der Berliner Oberbürgermeister Böß von Berlin berichtet, wo etwa zwölf Personen in einem einzigen kleinen Raum hausen müssen, nämlich: Ehepaar mit erwachsener unverheirateter und einer schulpflichtigen Tochter, ferner verheiratete Tochter mit Mann und kleinem Kind, eine andere Tochter mit ihrem Bräutigam und dessen 16jähriger Tochter und zwei kleinen Kindern. Von den **sittlichen Folgen** derartigen Zusammenpferchens sei in diesem Zusammenhang ganz abgesehen. Aber **die gesundheitlichen Folgen** lassen sich kaum ausdenken. Kinder, die in solcher Umgebung aufwachsen, können unmöglich gesund bleiben, müssen chronisch siech werden. Eine einzige ansteckende Krankheit muß ganze Häuserkomplexe im Nu überziehen.

Die schulärztlichen Untersuchungen haben das Elend der heranwachsenden Jugend klar werden lassen. **Ungenügende und falsche Ernährung** bereitet den Boden für die **Rhachitis**, jene mit Knochenverkrümmungen dauernder Art vergesellschaftete Stoffwechselstörung der Kinder. Die durchschnittliche Größe der Schulkinder bleibt im ganzen Reich hinter der Norm zurück. Finanzielle Not zwingt zu immer weiterer Einschränkung der Ferienaufenthalte und Ferienkolonien, der einzigen Stätte, wo kranke Stadtkinder noch Genesung und Erholung finden konnten. Was möglich ist, geschieht. Und so hat das überfüllte Reichsgebiet noch viele Tausende der besonders gefährdeten „Ruhrkinder" aufgenommen und über das Land verteilt. Die Ernährungsschwierigkeiten in den besetzten Gebieten lassen diese Hilfe für die dort bedrohten Kinder als letzte Notwendigkeit erscheinen.

Die **Ernährung** stößt nach wie vor auf die größten Schwierigkeiten. Was im Kriege die Hungerblockade war, das ist jetzt die Teuerung. Sie läßt es in vielen Kreisen, namentlich des Mittelstandes, nicht zu, daß mehr als das allerdürftigste Mindestmaß genossen wird. Jeder Mensch kann hungern, wenn es sein muß, tage- und wochenlang. Kein Organismus hält es aber aus, lange Monate und schließlich Jahre sich in einem Zustand dauernder Unterernährung zu befinden. Wenn man das Gesamtgewicht der Bewohner Deutschlands vor dem Kriege und jetzt feststellen würde, so wäre eine **große Gewichtsabnahme** offensichtlich. Auch in der Vorkriegszeit kamen abgemagerte Gestalten in die Sprechstunde jedes Arztes. Aber diese gleichmäßige Abmagerung sämtlicher Patienten, wie sie jetzt zu beobachten ist, ist eine ausgesprochene Erscheinung der Nachkriegszeit.

Dabei handelt es sich gar nicht nur um die fehlende Menge, sondern auch um den Mangel an Zufuhr ganz besonders wichtiger Ernährungsstoffe. Forschungen der allerjüngsten Zeit haben die Bedeutung der Ergänzungsnährstoffe, der sogenannten Vitamine, für die Ernährung von Mensch und Tier erkennen lassen. Sie sind, wenn auch in kleinen Mengen, lebensnotwendig für den Körper. Gewisse Vitamine finden sich nun gerade in solchen Nahrungsmitteln, die teuer und daher für viele Menschen nicht zu erringen sind. Milch und Butter, Gemüse und Obst usw. sind vitaminreiche Stoffe. Namentlich die Butter enthält Vitamine, die für die Entwicklung von Kindern nachgewiesenermaßen hochbedeutsam sind. Ein Ersatz durch Margarine ist hier niemals möglich, stets wird das nur ein Behelf sein, der für Erwachsene durchführbar ist, für Kinder aber Schädigungen in Wachstum und Entwicklung mit sich bringt, falls nicht andere, ebenso teure Nahrungsmittel Ausgleich bieten.

Der Mangel an vitaminhaltigen Nahrungsmitteln hat denn auch in Deutschland eine Krankheit wieder aufleben lassen, die man schon ganz verschollen wähnte und die nur in Seefahrergeschichten noch eine schreckenerregende Rolle spielte. Es handelt sich um den **Skorbut**. In den Jahrzehnten vor dem Kriege war der Skorbut in europäischen Ländern eine Seltenheit geworden, und es gab nur verhältnismäßig wenig Ärzte mehr, die mit eigenen Augen derartige Krankheitsfälle beobachtet hatten. Die jüngeren Ärzte in Deutschland hatten während ihrer Ausbildungszeit in Kliniken und Krankenhäusern keinen solchen Fall mehr zu Gesicht bekommen. Wenn in früheren Zeiten Segelschiffe wochen- und monatelang unterwegs waren und eines Tages das Vorhandensein von Skorbut auf dem Schiff gemeldet wurde, dann wußte jeder, daß hier eine schlimme Krankheit ausgebrochen sei und daß sie vor der Erreichung des festen Landes nicht ernstlich gebessert werden könnte.

Aber auch auf den Schiffen war der Skorbut nahezu verschwunden, seit die Einführung der Dampfkraft die Dauer der einzelnen Schiffsfahrten wesentlich verkürzt hatte und Sorge für Abwechslung in der Schiffskost getragen worden war. Denn man wußte oder vermutete bald, daß das Auftreten der Krankheit mit Eigentümlichkeiten in der Ernährung in innigem Zusammenhang stehe. Das Aufhören von eingepökeltem Fleisch als einziger Schiffsnahrung hat auch den Skorbut sehr vermindert. Nur in Gegenden, wo Hungersnöte periodisch wiederkehrten, im Innern Rußlands beispielsweise, war auch der Skorbut eine ständig wiederkehrende Erscheinung.

In Deutschland jedenfalls und auch in anderen durchzivilisierten Ländern Europas war der Skorbut vor dem Kriege eine Seltenheit. Eine Statistik, die in den Jahren vor dem Kriege aufgestellt war, zeigte unter 960 000 ein Jahr lang beobachteten männlichen Angehörigen der Krankenkassen in Deutschland 32 Fälle von Skorbut, von denen einer tödlich endigte. In diesem Zahlenverhältnis ist seit dem vorigen Jahre eine entschiedene und bedauerliche Änderung eingetreten. In zahlreichen Orten Deutschlands, namentlich in Großstädten, mehrten sich die Skorbutfälle in geradezu auffallender Weise. Das Reichsgesundheitsamt berief bereits im vorigen Jahre einen Kreis von Sachverständigen, um gegen das Umsichgreifen des Skorbuts geeignete Maßnahmen ausfindig zu machen. Von den Sachverständigen wurde übereinstimmend als Ursache der Skorbutfälle die ungeeignete Nahrung der Nachkriegszeit festgestellt. In der Nahrung der Bevölkerung fehlt das „Vitamin C", dessen Anwesenheit zur Vermeidung von Skorbut erforderlich ist. In frischem Gemüse, Salat, frischen Kartoffeln, Obst und Fruchtsäften ist das Vitamin C vorhanden, nicht dagegen in alten, ausgetrockneten, verdorbenen Kartoffeln, wie sie großen Kreisen der Bevölkerung als Hauptnahrungsmittel zur Verfügung stehen, nicht in Dörr- und Konservengemüsen. Von den Sachverständigen sind in der Hauptsache denn auch Vorschläge für eine reichliche Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln gemacht und den zuständigen Zentralbehörden vorgelegt worden. Alle Bemühungen um Verbilligung derartiger Nahrungsmittel scheitern indes an der unaufhaltsam sich überstürzenden Teuerung.

Ein anderes Krankheitsbild ist in Deutschland gleichfalls erst seit dem Kriege bekannt: das **Hungerödem**. Durch die ungeeignete und ungenügende Ernährung kommt es zu Schädigungen der Blutgefäße, zu Veränderungen wohl auch in der Zusammensetzung des Blutes. Die Folge ist das Austreten von Blutflüssigkeit in die Gewebe und das Auftreten von Schwellungen, „Ödemen". Diese Ödeme sind sonst als Folge von Nieren- und Herzkrankheiten bekannt. In den Hungerödemfällen bestehen aber keine Erkrankungen dieser Organe. Was früher aus Rußland berichtet wurde, daß nämlich Angehörige des besseren Bürgertums an Hungerödem erkrankten, das ist inzwischen auch in Deutschland eingetreten. Es ist das eine Krankheit, die bei genügender Ernährung sicher zu vermeiden wäre. Wenn die Patienten aber in Behandlung kommen, ist es oft bereits zu spät für eine entschiedene und rasche Besserung durch Änderung und Verbesserung der Ernährung.

Der medizinische Warner behandelt dann die **zunehmende Gefährlichkeit der Erkältungskrankheiten** (Folge der ungenügenden Kleidung und der Heizungsschwierigkeiten), die erschreckende Zunahme der **übertragbaren Geschlechtskrankheiten** (namentlich in den von schwarzen Truppen besetzten Gebieten) und die immer größer werdenden, zum Teil jetzt schon nicht mehr überwindlichen Schwierigkeiten der **öffentlichen Gesundheitspflege** und faßt sein Gesamturteil über die Lage der Dinge in die Worte zusammen:

„So steigen **Elend und Krankheit** trotz aller Bemühungen der Gesundheitsbehörden weiter an, und sie werden noch weitersteigen, **solange die drosselnde Schlinge**, die um das nach Atem ringende Deutschland jetzt gelegt ist, **nicht gelockert wird**. Der Fremde, der die Vergnügungsstätten voll und die Hotels überfüllt sieht, muß wissen, das ist nichts als Schein, ist der trügerische Glanz, der auf den Wangen einer Schwindsüchtigen leuchtet und Gesundheit vortäuscht, wenn schon nur mehr kurze Tage vor dem endgültigen Zusammenbruch trennen. Die Wahrheit sieht anders aus. Sie äußert sich fühlbar in den gesundheitlichen Verhältnissen, und sie ist auch für den Fremden sichtbar, der nicht nur den roten Wangenschimmer betrachtet, sondern die Züge der Patientin etwas schärfer ins Auge faßt."

Die Aktion gegen die deutschen Domherren.

Welche Formen der Kampf gegen die deutschen Domherren in Posen, Gnesen und Pelplin annimmt, und mit welchen Waffen er geführt wird, zeigen die folgenden Meldungen:

Eine Versammlung des Westmarkenvereins (O. K. Z.)

fand am Sonntag nachmittag im früheren Sternschen Saale in Posen statt. Die Hauptrede hielt Dr. Konkiewicz, der den **deutschen katholischen Geistlichen vorwarf**, sie hätten in einer ganzen Reihe von Fällen **den Gebrauch der polnischen Sprache in der Kirche verboten** und von polnischen Pfarrkindern gewünschte **Amtshandlungen verweigert**. Er schloß mit der Erklärung, die Wünsche und Beschwerden der polnischen Katholiken seien jetzt dem Erzbischof Kardinal Dalbor zugegangen, damit er in dieser Sache beim päpstlichen Stuhl vorstellig werde. Danach sprach Pfarrer Nowak aus Pommerellen, der die dort herrschenden Verhältnisse schilderte. Er erklärte, neben guten und gewissenhaften Seelsorgern gäbe es dort eine ganze Reihe von deutschen katholischen Geistlichen, die sich **staatsfeindliche, „progermanische" Handlungen** zuschulden kommen ließen.

Nach diesen Reden entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, in der von mehreren Seiten die **sofortige Beseitigung der deutschen Geistlichen verlangt** wurde. Eine Entschließung, die schließlich angenommen wurde und dem Erzbischof überreicht werden soll, sagt, daß das Übergewicht der deutschen Domherren in drei Kapiteln (Posen, Gnesen, Pelplin) in der polnischen Bevölkerung um so mehr Mißtrauen errege, als dadurch **hakatistisch gesinnte deutsche Geistliche** in ihrer Haltung bestärkt und **zu staatsfeindlichen Handlungen veranlaßt** werden, unter denen die **Autorität der Kirche und der geistlichen Behörden** leide. Deshalb wird verlangt: 1. **Abberufung** aller Domherren und Geistlichen, die jetzt noch politisch zum Schaden Polens wirken. 2. **Verminderung der Zahl deutscher Domherren** in den Kapiteln Gnesen, Posen, Culm bis zu einer den Verhältnissen entsprechenden Zahl.

Außerdem wurde beschlossen, den in Betracht kommenden Domherren und Geistlichen unmittelbar ein Schreiben zugehen zu lassen, das die Wünsche der Versammelten zum Ausdruck bringt, in der Hoffnung, daß sie einsehen würden, daß ihres Bleibens hier nicht länger sein könne.

Eine Erklärung polnischer Priester.

Am Ende einer Tagung geistlicher Dekane und Dekanatsvertreter der Erzdiözese Gnesen-Posen, die in der vergangenen Woche in Posen stattfand, verlas der Pfarrer Kurzawski eine **Erklärung**, in der ausgeführt wird, die großpolnische Geistlichkeit erachte die **Beseitigung der deutschen Mitglieder des Domkapitels für notwendig** im Interesse der Kirche und zur Befriedigung der berechtigten Wünsche des polnischen Volkes. In der Erklärung wird an die deutschen Mitglieder der Kapitel appelliert, sie möchten selbst durch Verzicht auf ihre Stellungen die Angelegenheit zum Abschluß bringen und dadurch Behandlung dieser Frage in öffentlichen Versammlungen verhüten. Der Erzbischof wird gebeten, dem **Papst** die Bitte der Geistlichkeit und die Wünsche der Bevölkerung zu unterbreiten, damit durch entsprechende Änderungen in den Kapiteln die **Überbleibsel des preußischen Systems** und die Ursachen der Verwirrung **beseitigt** würden.

Ist zu deutscher Zeit jemals etwas auch nur entfernt Ähnliches gegen polnische Geistliche unternommen worden?

*

Was die Versammlung der Okazisten in dem ehemaligen Sternschen Saale betrifft, so wird uns von Augenzeugen berichtet, daß die Angabe polnischer Blätter, nach denen diese Veranstaltung von einer gewaltigen Menschenmenge besucht war, den Tatsachen **nicht** entspricht. Es wurden 200 Besucher gezählt, darunter waren einige Katholiken, die der Veranstaltung nicht als Anhänger des Okazistenverbandes beiwohnten, sondern hingegangen waren, um zu hören, wie eine solche seltsame Kundgebung gegen katholische Geistliche verlaufen würde. Außer dem Geistlichen aus Pommerellen, der die zweite Rede hielt, waren nur noch zwei Geistliche anwesend, einer von ihnen war Herr Nikodemus Cieszyński von der hiesigen Jesus-Kirche. Die Zusammensetzung der Versammlung ergab, daß von einer Kundgebung der sachkundigen und ernst in Betracht kommenden hiesigen katholischen Bevölkerung keine Rede sein kann.

Die Ausführungen der beiden Redner der Okazistenversammlung enthielten, wie uns berichtet wird, eine ganze Reihe der bekannten, von polnisch-nationalistischer Seite immer wieder erhobenen, unberechtigten und schon oft widerlegten Angriffe auf die deutschen Domherren. Die Ausführungen waren derart, daß **vor Beginn der Diskussion** nicht wenige der Teilnehmer, die es für zwecklos hielten, solche Dinge länger mit anzuhören, **den Saal verließen**.

Ganz besondere Verwunderung wird in weitesten Kreisen, und gerade in katholischen Kreisen, **die Entschließung der polnischen Dekane und Dekanatsvertreter** hervorrufen. **Katholische Geistliche** wenden sich hier in ausgesprochen feindseliger **Weise gegen Amtsbrüder** nicht aus irgendwelchen sachlichen Beweggründen, nicht weil die Person oder die Tätigkeit dieser Amtsbrüder auch nur im Geringsten zu einem Angriff Anlaß gibt (das ist in der Entschließung ausdrücklich ausgesprochen worden), **sondern ganz und gar nur aus nationalistisch-politischen Beweggründen**.

Wir dürfen wohl bezweifeln, daß diese Maßnahme gerade geeignet ist, die **Autorität der Kirche** zu heben und das Ansehen derer, die berufen sind, die **christliche Bruderliebe** zu verkörpern.

Republik Polen.

Der Aeltestenausschuß des Senats

setzte in einer vom Marschall Trampczyński einberufenen Sitzung am Montag das Programm der nächsten Vollsitzungen des Senats fest. Es wurde beschlossen, daß die Session dieser Woche bis Mittwoch oder Donnerstag dauern soll. Hauptgegenstand der Beratungen wird die Besoldung der Beamten und Militärpersonen und die Frage der Ruhegehälter sein.

Die Auswanderung nach Amerika

soll für dieses Jahr nach Möglichkeit eingeschränkt werden, da die Zahl der für das Jahr 1923/24 vorgesehenen Sichtvermerke bereits überschritten worden ist.

Die polnischen Auswandererräte

bei den Auslandsgesandtschaften sollen aus Sparsamkeitsgründen aufgehoben werden. Mit dem Berliner Rat wird der Anfang gemacht werden.

Die Oktoberzulage der Beamten.

Die Staatsbeamten erhalten am 1. Oktober die Gehälter vom 1. September und eine Gesamtteuerungszulage von 62 v. H.

Die Postangestellten

drohen, wie polnische Blätter melden, mit dem Streik, wenn auf die Denkschrift der Staatsbeamten an die Regierung nicht eine befriedigende Antwort eingeht.

Aufdeckung einer bolschewistischen Spionageorganisation.

Wie polnische Blätter melden, gelang es der Warschauer Polizei am Montag, in eine bolschewistische Spionagezentrale einzudringen, deren Tätigkeit schon seit längerer Zeit beobachtet wurde. Haussuchungen, die in mehreren Wohnungen veranstaltet wurden, führten zur Verhaftung von 10 Personen (unter denen mehrere Frauen sind) und gaben der Polizei eine große Menge von Schriftstücken und Plänen und bedeutende Geldbeträge in die Hand. Die Verhafteten sollen Mitglieder bolschewistischer Verbände sein und im Dienst der russischen Sowjetregierung gestanden haben.

Vom Völkerbund.

Die Wahlen zum Völkerbundsrat

finden am 27. September statt. Um einen der 6 Plätze im Rat bewerben sich bekanntlich Polen und die Tschechoslowakei.

Der litauische Wilna-Antrag.

Aus Kreisen, die der litauischen Völkerbundsdelegation nahestehen, wird mitgeteilt, daß dieser Delegation die Zurückziehung ihres Antrags, der völlig aussichtslos sei, nahe gelegt worden ist. Die Delegation hat sich in dieser Angelegenheit an die litauische Regierung gewandt und um Instruktion gebeten.

Der Beitrag Polens an den Völkerbund

ist von einer Million Goldfranken auf 600 000 Goldfranken herabgesetzt worden.

Die wahren Absichten Baldwins.

Baldwin verließ Paris am Freitag mittag. Auf dem Bahnhof fand sich zum Abschied der englische Gesandte in Begleitung seines Privatsekretärs ein. Kurz vor Abfahrt des Zuges erschien Poincaré und plauderte etwa fünf Minuten mit dem englischen Ministerpräsidenten unter vier Augen. In diplomatischen Kreisen Londons erwartete man, daß Baldwin gleich am Sonnabend mit Lord Curzon verhandeln werde. Vor allem wegen der Ablehnung des Stresemannschen Angebots an den belgischen Botschafter, obwohl dies zwar offiziell nicht Großbritannien berührt, da es nur an Frankreich und Belgien gerichtet ist.

Der Pariser Korrespondent des „Berl. Tagebl." gibt eine ziemlich einleuchtende Erklärung für das Verhalten Baldwins gegenüber Poincaré. Baldwin hat während seines der Zusammenkunft vorangehenden Aufenthaltes in Frankreich die Überzeugung gewonnen, die englische Regierung hätte weder die Möglichkeit noch die Macht, Poincaré zur Änderung seines Standpunktes zu bewegen. Nur ein energisches Zusammenwirken der Vereinigten Staaten und Englands hätten auf die Stimmung in Frankreich Eindruck machen können. England hat zwar versucht, Amerika für eine Konferenz über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu gewinnen. Dieser Versuch ist nicht gelungen, da die Regierung der Vereinigten Staaten sich bekanntlich in die europäische Verwirrung nicht einmischen will. Jede Bemühung, Poincaré zum Widerruf oder zur Milderung seiner bekannten Erklärungen zu bewegen, hätte wahrscheinlich sogar zu einer weiteren Entfremdung der Verbündeten geführt. In diesem Falle hätte England jeden Einfluß auf Frankreich verloren, und Deutschland gar nichts gewonnen, da es dann ohne jeden diplomatischen Beistand im Lager der Alliierten mit dem Willen des militärisch überlegenen Frankreich zu rechnen gehabt hätte. Deshalb hat Baldwin es vorgezogen, in der Frage des passiven Widerstandes den französischen Prestigeforderungen Konzessionen zu machen, um dafür sich die Möglichkeit zu sichern, **bei den eigentlichen Reparationsverhandlungen,** die erst nach der Aufgabe des passiven Widerstandes beginnen können, **entscheidend mitsprechen zu dürfen.** Baldwin soll, wie von Personen erzählt wird, die mit ihm in Aix-les-Bains zusammen waren, auch durch die deutschen Erklärungen über den notwendigen Abbau des passiven Widerstandes stark beeinflußt worden sein. Er suchte angeblich mit Aufrichtigkeit nach der Möglichkeit eines praktischen Eingriffs zur Verhütung einer Katastrophe, fand aber keine andere als die vorher geschilderte. Bei einer Verhandlung über die Reparationsfrage ist die Lage erheblich günstiger. Hier wird Frankreich mit vielen Forderungen allen anderen Verbündeten allein gegenüberstehen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß, wie die „Daily Mail" behauptet, Poincaré notgedrungen bereits jetzt „generöse Zugeständnisse" in Aussicht gestellt hat. Diese Darstellung stammt von einer Persönlichkeit, die besonders die englischen Verhältnisse genau kennt und durch ihre Stellung in der Lage ist, über die Auffassung der Regierungen Bescheid zu wissen.

Aus dem besetzten Gebiet Deutschlands.

Neue Paßschikanen. Die bisher im ganzen Ruhrgebiet ausgestellten Zirkulationspässe für die Ausreise nach dem unbesetzten Gebiet sind von der Besatzungsbehörde mit dem 30. September für ungültig erklärt worden. Neue Stempel zum Überschreiten der Grenze werden nur in dringenden Fällen ausgestellt, und zwar nach Entrichtung einer Gebühr von 75 Goldpfennigen. — Heute sind erneut 70 Bergarbeiterfamilien aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen worden. Die jetzt erfolgte Veränderung bezüglich der Pässe bedeutet eine große Verschärfung, die das besetzte Gebiet vom unbesetzten Deutschland nahezu abschneidet. Die Stempel sollen augenscheinlich für jede einzelne Reise erteilt werden und nur nach Prüfung des Reiseziels. Eine Gebühr wurde bisher nicht erhoben. Jetzt muß in Papiermark eine sehr beträchtliche Summe erlegt werden. Die Polizeiherrschaft in den besetzten Gebieten die auf die Dauer sich viel empfindlicher bemerkbar macht, als die Anwesenheit des Militärs, schreitet planmäßig weiter. Was haben die Reisen der Bevölkerung auf deutschem Boden mit den Reparationen und den produktiven Pfändern zu tun, derentwegen die Franzosen angeblich einmarschiert sind?

Agitation der Sonderbündler. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Wiesbaden: Die Sonderbündler entfalten auch hier eine verstärkte Agitation. Zum Sonntag rufen sie eine große Versammlung ein und verlangen dazu von der Stadt das Kurhaus. Sie drohen, sich im Falle der Verweigerung des Kurhauses an die Franzosen wenden zu wollen. Die Agenten Dortens betreiben eifrig Propaganda mit der Rede Hilfferdings; sie reden von der Sperrung des Rhein- und Ruhrkredits und prophezeien, daß Berlin die Geschäftsleute und Beamten im Rheinland im Stich lassen würde. Dr. Geucke, Dortens Pressechef, der für seine Person aus der Zentrumspartei ausgeschlossen, aber noch Leiter des Zentrumsblattes ist, weist in der „Rhein. Volksztg." darauf hin, daß die wahren Separatisten in Berlin sitzen, die das Volk in die gegenwärtige Lage gebracht haben.

Völkerbund und Verständigungspakt.

Im dritten Ausschuß der Völkerbundsitzung (Abrüstung) bekämpfte der französische Delegierte Le Brun unter Hinweis auf Deutschland die Bestimmung des Artikels 13 des Entwurfs des Vertrages über gegenseitige Unterstützung und die Zulassung von Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu dem Vertrage, falls zwei Drittel der Mitglieder dafür sind. Lord Robert Cecil und Jolhaux, letzterer als Vertreter der Arbeiter in der gemischten Abrüstungskommission, und der Vertreter Estlands lehnten den Antrag Le Bruns ab und forderten Beibehaltung des Artikels 13. Der Vertreter Polens schloß sich dem Antrage Le Bruns an. **Der französische Antrag wurde mit 16 gegen 7 Stimmen abgelehnt** und Artikel 13 angenommen, dessen zweiter Abschnitt lautet: Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, können dem Vertrag unter Zustimmung von zwei Drittel der Vertragsteilnehmer beitreten.

Schwierigkeiten des spanischen Diktators.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" meldet, daß General Primo di Rivera Anstalten treffe, um ein Ministerium zu bilden. König Alfons XIII. bestand nachdrücklich auf seiner Bitte, indem er Primo di Rivera mit folgender Erklärung das Wort abschnitt: „Ich habe in meiner Proklamation verkündet, daß wir entschlossen sind, alles zu tun, um das Vaterland und den König zu retten. Es bleibt uns hier nur ein Weg übrig: Nachgeben!" Alfons XIII. sagte, daß er nie zu dem Staatsstreich bereit gewesen wäre, wenn er nicht selbst gesehen hätte, daß es nicht anders ginge. Es steht nunmehr fest, daß das Recht des Königs, seine Minister selbst zu wählen, abgeschafft wird. Unterdessen führt der General Primo di Rivera die Erledigung der Angelegenheiten durch, indem er anfängt, die verschiedenen Ministerämter zu besetzen. Bis jetzt sind seine Bemühungen ergebnislos, da sich alles weigert, seinen Befehlen zu gehorchen. Die einzige politische Gruppe, die sich öffentlich zu Primo di Rivera bekannt hat, ist die Sozialdemokratische Volkspartei. Die Lage ist sehr gespannt, und man erwartet mit Ungeduld das Endresultat.

Der Untersuchungsbericht über den Mord von Janina.

Die von der Botschafterkonferenz eingesetzte interalliierte Kommission zur Untersuchung der Mordtat von Janina hat ihre Aufgabe beendet. Der Bericht wird nach einer offiziösen Mitteilung morgen aus Prevesa an die Botschafterkonferenz abgeschickt werden. Die Kommission ist der Meinung, daß kein politisches Verbrechen, sondern ein Racheakt vorliegt. Die Griechen hätten die Tat selbst nicht verschuldet, aber nicht für die notwendige Sicherheit der Grenzkommission gesorgt, und bemühten sich jetzt nicht genügend um die Ergreifung der Schuldigen. Dies soll die Ansicht der japanischen, englischen und französischen Delegierten sein. Die Italiener haben dagegen einen Bericht aufgesetzt, in dem die Anklagen Italiens gegen Griechenland noch schärfer gefaßt werden.

Die Mörder gefunden?

Aus Tirano wird berichtet, daß in der Umgegend von Argyro-Castro ein in griechische Uniform gekleideter Mann verhaftet wurde, der die Namen der Mörder der italienischen Delegation und die Mitwisser der Mordtat angab.

Deutsches Reich.

Die deutsche Regierung warnt vor Unruhen!

Wolffs Telegraphen-Büro teilt amtlich mit: „In der Oeffentlichkeit sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht über Bewegungen, die sich gegen die Staatsgewalt richteten und einen Umsturz vorbereiteten. Von verschiedenen Seiten sind nach dieser Richtung auch öffentlich Drohungen ausgesprochen worden. An der Stellung der Reichsregierung gegenüber etwaigen derartigen Versuchen kann ein Zweifel nicht bestehen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat am 22. September eine Beratung stattgefunden, an welcher der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, teilgenommen haben. Diese Beratung hatte den Zweck, alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden können, um derartige Bestrebungen unschädlich zu machen. Es besteht unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung volle Übereinstimmung darüber, daß gegen jeden Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen mag, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates eingesetzt werden."

** **Verbot eines Oppositionsblattes.** Das Berliner Polizeipräsidium teilt durch den amtlichen preußischen Pressedienst mit: Das „Deutsche Tageblatt" bringt in seiner Freitag-Ausgabe einen Artikel: „Das Ruhrgebiet geht verloren." Hier wird dem Reichskanzler Dr. Stresemann, der als Blüte des parlamentarischen Systems gekennzeichnet wird, die „ehrlose, krämerseelenhafte und unsagbar gemeine Verschacherung des Ruhrgebiets" vorgeworfen. Zugleich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Politik speichelleckerischer Art des Reichskanzlers ihren Rächer finden möge. Da diese Ausführungen des „Deutschen Tageblattes" eine Herabwürdigung der verfassungsmäßigen parlamentarischen Staatsform des Deutschen Reiches durch Beschimpfung und Verächtlichmachung des Reichskanzlers sowie eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen den Reichskanzler enthalten, hat der Polizeipräsident von Berlin das „Deutsche Tageblatt" auf Grund des Republik-Schutzgesetzes auf zwei Wochen verboten.

** **Weitere Erhöhung der Eisenbahntarife.** Ab 25. September wird die Tarifschraube der Eisenbahn weiter angezogen. Die Schlüsselzahl für die Berechnung der Güterfrachtsätze beträgt von diesem Tage ab **36 Millionen;** die Schlüsselzahl für die Tarife im Personenverkehr beträgt **20 Millionen.** Gleichzeitig werden die Mindestfahrpreise auf die Berechnung von 6 Kilometer (bisher 8 Kilometer) herabgesetzt. Der Mindestgrundpreis in der vierten Klasse wird von 20 Pfennig auf 15 Pfennig herabgesetzt. Die viertägige Gültigkeit der vorgelösten Fahrtausweise wird beibehalten.

** **Um die Ueberstunden der Bankangestellten.** Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, hat er dem Reichsarbeitsminister mitgeteilt, daß er seinen Vermittelungsvorschlag annehme, daß dies jedoch unter der Voraussetzung geschehe, daß keinerlei Maßregelungen stattfinden, und daß etwa geschehene Maßnahmen rückgängig gemacht werden würden. Nunmehr werden die Überstundenverweigerungen eingestellt.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels

(2. Fortsetzung.)

„Womit nützen wir Deutschland mehr? Schiffe oder Rohstoffe auf deutscher Farm? Swendholm, ich denke, ich muß hinüber."

„Das denke ich auch."

„Und hier?"

„Herr Bruhns, ich bin da."

Der Handelsherr reichte dem alten Mitarbeiter die Hand.

„Aber — wenn ich nicht zurückkehren sollte?"

Ein Zug tiefer Trauer lag auf seinem Gesicht.

„Swendholm, ich habe es schwerer als alle die Bruhns, die vor mir waren, und oft packt mich die Angst. Ich darf nicht sterben, denn ich bin der Letzte."

Eine Pause trat ein, dann sagte der Prokurist langsam:

„Man sagt, daß Herr Silvio ein weitschauender, moderner Kaufmann ist, — wäre es nicht möglich —"

Bruhns lachte auf.

„Der Herr Beamte? Vielleicht ein tüchtiger Spekulant an der Börse. Unmöglich! Konnte er nicht in den Jahren, seit mein Bruder Dieter Wilmar verschollen, den Weg zu mir finden und bitten?"

„Nein, das konnte er nicht."

Erstaunt sah der Handelsherr den alten Mann an.

„Warum nicht?"

„Weil auch er ein Bruhns ist."

„Soll ein Mann hier einziehen, der bei der ersten Gelegenheit das alte Haus einreißt und einen modernen Bankpalast an seine Stelle setzt?"

„Das täte er nie."

„Er tut es schon. Er hat eingewilligt, daß der Tunnel durch unser Haus geht."

„Durch den Keller!"

Bruhns hob die Stimme.

„Wer einen Stein einreißt, bringt den Bau zum Wanken. Kein Wort weiter. Ich möchte nicht auch an Ihnen irre werden."

„Dann bleibt Fräulein Johanna."

„Sie ist ein Mädchen — ja wenn —"

Er sah verloren vor sich hin, und der Alte fuhr fort.

„Und — Herr Wislizenus?"

Bruhns stand auf und schritt auf und nieder.

„Wislizenus! Bruhns und Wislizenus. Wäre kein schlechter Klang, aber — sie will nicht, Swendholm, und ich kann sie nicht zwingen."

Swendholm sagte langsam: „Sie wäre auch selbst fähig —"

Bruhns dachte nach.

„Vielleicht — aber es wäre nur eine Galgenfrist. Wann fährt der ‚Porfirio Diaz'?"

„Genau in acht Tagen."

„Ich werde Ihnen morgen Bescheid sagen, ob ich mitfahre. Jedenfalls darf niemand von dem Plane etwas wissen."

„Gewiß nicht."

„Ich danke, Swendholm."

Silvester Bruhns trat an das Fenster und schaute hinaus. Auf der Schifferstraße wogte das Leben der Handelsstadt. Eben schlug es von der Domkirche die Mittagsstunde, und die Kontore schlossen ihre Pforten. In Strömen kamen die Angestellten, Damen und Herren, aus den Kontoren. Drüben, gerade gegenüber, war das große Gebäude der Bank, in der Silvio Bruhns arbeitete. Wie Silvester diesen Bau haßte, der sich in seiner nüchtern-praktischen Eisenkonstruktion mitten zwischen die ehrwürdigen Giebelhäuser gedrängt hatte und aus dessen protzigem Tor jetzt die Scharen strömten.

Bruhns schüttelte den Kopf.

Überall schossen sie empor, diese Bankbauten, und beschäftigten Tausende. Er haßte sie alle. Was war das für ein Handel? Lebten sie nicht davon, daß Tausende kleiner Leute, denen alles weltfremd war, sinnlos mit Papieren spekulierten? Aktien verkauften und kauften von Werken, die sie nicht kannten, deren Wert sie gar nicht beurteilen konnten? Einfach spekulierten, weil sie sich darauf verließen, daß diese Papiere den willkürlichen Tanz des Dollars mitmachen mußten?

War das reell? War das solider Kaufmannsverdienst? War es nicht ein gewissenloses Lauern auf den Unverstand und die Geldgier der Menge? War es etwas anderes als ein Hasardspiel im großen? Waren diese Unternehmer etwas anderes als die Bankhalter in Monte Carlo? War das zu vergleichen mit dem großzügigen Wirken des Exportkaufmanns, der dem Vaterlande zuführt, was es braucht, und ihm abnimmt, was es zuviel produziert?

Seine Gedankenreihe wurde unterbrochen. Von dem Marktplatze her kam ein junges Mädchen, schlank, hochgewachsen, in einem einfachen dunklen Kleide. Es trug den Kopf hoch und ging voll ruhiger Sicherheit durch die Menge. Oft wurde es gegrüßt, und ein kurzes Nicken war dann die Antwort.

Ein Lächeln glitt über des alten Mannes Züge.

„Johanna!"

Sie hatte etwas Männliches in ihrer Art, diese junge Dame von zweiundzwanzig Jahren. Und jeder hatte sie gern. Das sah man jetzt den Angestellten des Hauses an, die an ihr vorübergingen und wußten, daß das kurze Winken nicht Hochmut war, sondern angeborene Art.

Nun war der Strom aus der Bank fast verrauscht. Johanna blieb einen Augenblick stehen und sah wie wartend hinüber; da öffnete sich das Tor noch einmal, und ein junger Mann trat heraus. Schlank, schwarzhaarig, lebhaft, in jeder seiner Bewegungen frisch und jung. Er sah Johanna, riß den Hut vom Kopf und trat auf sie zu. Der Handelsherr konnte natürlich nicht hören, was er sprach, aber er sah seinem Gesicht an, wie er sich freute, und Johanna bot ihm die Hand. Dann sprach er lange, eindringlich und ernst auf sie ein. Bruhns ärgerte sich. Wie wenig die beiden doch zu einander paßten. Seine blonde Tochter war größer als der junge Mann. Aber die Leute blieben für Sekunden stehen und sahen die beiden an. Bruhns runzelte die Stirn und trat vom Fenster fort.

„Ich darf nicht reisen!"

Eine Stunde später kamen leichte Tritte die Wendeltreppe herunter.

„Guten Morgen, Papa!"

(Fortsetzung folgt.)

Maßnahmen gegen einen Arbeiter-Wohnungsbauverein.

Am Mittwoch der vorigen Woche, morgens um 3/4 6 Uhr, erschienen in der Wohnung des deutschen Arbeitersekretärs Appel in Bromberg zwei Polizeibeamte und erklärten, sie wollten eine Beschlagnahme und evtl. eine Haussuchung vornehmen. A. verlangte die richterliche Anordnung gemäß § 105 der Strafprozeßordnung. Die Beamten erklärten, daß die polizeiliche Maßnahme auf Anordnung des Stadtpräsidenten geschehe, es sollten Akten des Arbeiter-Wohnungsvereins beschlagnahmt werden. A. erklärte, daß er freiwillig nichts herausgebe, worauf die in einem Schrank befindlichen Akten für beschlagnahmt erklärt wurden. Es wurde vereinbart, daß die Abholung der beschlagnahmten Akten um 11 Uhr stattfinden solle. Um die angegebene Zeit erschien ein Polizeibeamter und etwas später der Bücherrevisor Węglikowski. Der Beamte legte ein Schriftstück der Städtischen Polizeiverwaltung vor, das die Beschlagnahme der Akten des Arbeiter-Wohnungsvereins anordnete.

Obwohl A. gegen die Beschlagnahme in Gegenwart eines bestellten Zeugen nochmals protestierte, wurden die betreffenden Akten und sonstigen Schriftstücke aus dem Schrank genommen und dem Herrn W. übergeben. A. verlangte gemäß § 109 und § 110 der St.-P.-O. die Versiegelung und Ablieferung der beschlagnahmten Akten an den zuständigen Richter. **Dem Verlangen wurde nicht stattgegeben.** Die beschlagnahmten Akten hatten ein ungefähres Gewicht von 50 bis 60 Pfund; zur Fortschaffung dieses Gewichts hatte Herr W. mitgebracht: einen Rollwagen mit zwei Pferden, einen Kutscher, einen Arbeiter und einen Bureaugehilfen.

Schon fünf Tage vorher war bei Herrn A. ein Polizeibeamter in Zivil erschienen, der die Herausgabe der Akten verlangte, andernfalls er Haussuchung und die Beschlagnahmung vornehmen würde. A. widersetzte sich dieser Aufforderung, da der Beamte keinen schriftlichen Befehl hierzu vorweisen konnte. A. fragte den Beamten, welche Gesetzvorschrift ihm das Recht gebe, die Haussuchung und Beschlagnahme vorzunehmen, worauf der Beamte erklärte, er werde auf Grund § 248 B. G.-B. vorgehen. Dieser Paragraph hat folgenden Wortlaut: „Eine im voraus getroffene Vereinbarung, daß fällige Zinsen wieder Zinsen tragen sollen, ist nichtig usw." Als dem Beamten diese Stelle sofort vorgelesen wurde, erklärte er, dann sei es § 148. Dieser Paragraph aber lautet: „Hat der Antragende für die Annahme des Antrages eine Frist bestimmt, so kann die Annahme nur innerhalb dieser Frist erfolgen." Als dem Beamten auch diese Bestimmung bekanntgegeben wurde, erklärte er, er hätte sich geirrt, es handelte sich wohl um das Strafgesetzbuch, er würde nochmals mit zwei Polizeibeamten kommen und dann die Haussuchung abhalten.

Über die Vorgänge, die diesen Maßnahmen der Polizei zugrunde liegen, schreibt die „Deutsche Rundschau in Polen": Appel ist Mitglied des Vorstandes des früheren Deutschen Arbeiter-Wohnungsvereins, jetzt Arbeiter-Wohnungsverein e. G. m. b. H. Diese Genossenschaft wurde unter Zwangsverwaltung gestellt und Herr W. als Zwangsverwalter eingesetzt. Der Verein hat keinerlei Häuser in seinem Eigentum, und jeder Geschäftsbetrieb ruht seit 1915. Von den vom Verein errichteten Einfamilienhäusern in den Vororten Brombergs genießt der Verein die Einnahmen aus einer Zeithypothek. Die Gesamtjahreseinnahme dieser Hypotheken beträgt pro Jahr ca. 1500 Mark. Der Zwangsverwalter überzeugte sich selbst von dem Vermögensstand der Genossenschaft und überließ die Einziehung dieser kleinen Beträge weiter dem Vorstande. In einer Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrats, die in diesem Jahre vom Zwangsverwalter einberufen wurde, verlangte letzterer, der Vorstand möge gemäß § 4 der Satzung mehrere von ihm benannte Herren als Mitglieder aufnehmen, da er einen neuen Vorstand und Aufsichtsrat wählen lassen wolle. **Die genannten Organe müßten von polnischen Herren gebildet werden.** Dieses Ansinnen lehnte der Vorstand ab, mit dem Bemerken, daß die jetzigen Mitglieder ohne Ausnahme polnische Staatsbürger seien, worauf der Zwangsverwalter meinte, die Herren seien doch deutscher Nationalität. Nach einiger Zeit berief Herr W. eine Generalversammlung mit der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. Herr W. hatte, ohne die Satzung zu beachten, einige dreißig Herren als Mitglieder aufgenommen und ließ von diesen einen neuen Vorstand und Aufsichtsrat wählen. Gegen die Abhaltung der Versammlung wurde Protest eingelegt, und zwar wegen nicht ordnungsmäßiger Einberufung der Versammlung gemäß § 28 der Satzungen und wegen Teilnahme von Personen, die nicht nach den Vorschriften der Satzungen aufgenommen waren. Dem Protest wurde nicht stattgegeben. Einige Zeit nach dieser Versammlung verlangte der Zwangsverwalter die Herausgabe der bei A. befindlichen Akten der Genossenschaft, um sie dem neuen Vorstand auszuhändigen. Dieses Ersuchen wurde abgelehnt, da der „neue" Vorstand nicht nach den Vorschriften des Gesetzes und der Satzung zustande gekommen sei. Aus diesem Grunde wurde auch die Klage beim Bezirksgericht in Bromberg wegen Nichtigkeitserklärung sämtlicher Beschlüsse der Generalversammlung eingereicht. **W. wandte sich daraufhin an die Polizei, die, ohne eine richterliche Anordnung, die Beschlagnahme vornahm.**

Aus Stadt und Land.

Posen, 25. September.

Eine Wojewodschafts-Verordnung über den Kraftwagenverkehr.

In einem Rundschreiben an die Starosten, das Starostwo Grodzkie in Posen und den Stadtpräsidenten in Bromberg erinnert der Posener Wojewode daran, daß die Verordnung der Minister für öffentliche Arbeiten und für innere Angelegenheiten vom 6. 7. 22 über den Verkehr mit Kraftwagen am 16. 2. 23 in Kraft getreten ist. Der Wojewode bestimmt als letzten Termin zur Anmeldung zur Registrierung der Kraftwagen den 1. Oktober. Nach Ablauf dieses Termins werden Besitzer von Kraftfahrzeugen, die nicht bis zum 1. Oktober registriert sind, oder die nur eine einstweilige Legitimation haben, rücksichtslos auf Grund des § 45 der oben erwähnten Verordnung bestraft und verlieren das Recht der Benutzung der Kraftwagen auf den öffentlichen Wegen bis zur Registrierung. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die alten Ausweise der Chauffeure (die vor dem Jahre 1923 ausgegeben sind) bis zum 1. November 1923 gültig sind. Nach Ablauf dieses Termins verlieren die Inhaber solcher Ausweise das Recht, Kraftwagen zu lenken. Vom 1. November 1923 ab werden neue Chauffeurausweise (ausgegeben im Jahre 1923) und die alten, aber nur auf Grund eines in Übereinstimmung mit der Verordnung vom 6. 7. 23 vorgelegten Antrages verlängerten, Gültigkeit haben. Die alten verlängerten Ausweise müssen bei der Ausstellung der neuen abgegeben werden.

Die dankbare und höfliche Französin.

Ein Leser unseres Blattes erzählt uns: „Vor einigen Tagen wurde ich um die Mittagsstunde von einer älteren Dame in französischer Sprache angeredet, von einer Französin, die wissen wollte, wie sie zur deutschen Paßstelle kommen könnte, da sie sich dort ein Visum für die Ausreise nach Deutschland holen wollte. Ich hatte gerade in der Nähe der Paßstelle zu tun und erbot mich, ihr den Weg zu zeigen. **Ich spreche ziemlich fließend Französisch** (ich habe mehrere Jahre in Frankreich gelebt), und wir unterhielten uns unterwegs in der harmlosesten und freundschaftlichsten Weise. Als die Dame hörte, daß ich Deutscher sei, erklärte sie, sie glaube nicht an alle die Schlechtigkeiten, die den Deutschen zugeschrieben würden, und selbstverständlich gäbe es unter den Deutschen gute und schlechte Menschen ebenso wie unter den Franzosen. Es war schon ziemlich spät, als wir zu der Paßstelle kamen, so daß ich Zweifel hatte, ob das Bureau noch geöffnet sein würde. Ich erklärte der Dame, ich würde erst nachsehen, ob noch Bureauzeit wäre, überzeugte mich, daß die Paßstelle schon geschlossen war, kam heraus und teilte das der Dame mit. Darauf änderte sie sofort ihren Ton, behauptete, ich sei vorausgegangen, um ihr Kommen der deutschen Paßstelle zu signalisieren, damit sie nicht empfangen würde, und beschimpfte die Deutschen im allgemeinen und mich insbesondere in der charakteristischen französischen Tonart, die wir vom Kriege her kennen. („Sale boche" und ähnliches.) Ich habe ihr für diese Beweise wahrer Höflichkeit und Seelenanmut nachdrücklichst gedankt und bin dann hochentzückt von dannen gegangen."

Aerzte und Krankenkassen.

Meinungsverschiedenheiten über die vertraglichen Verpflichtungen der Krankenkassen gegenüber den Ärzten haben zu einem Konflikt geführt, in dem möglicherweise die Gerichte das letzte Wort zu sprechen haben werden.

„Der deutsche Handwerker in Polen", das Organ der Genossenschaft und des Verbandes deutscher Handwerker in Polen, E. V., Sitz Bromberg, bringt in seiner neuesten, sehr reichhaltigen Nummer mehrere interessante und für jeden Handwerker lehrreiche Artikel. Wenn auch sein Wert sich hauptsächlich auf die Kreise des deutschen Handwerkers beschränkt, wollen wir nicht verfehlen, empfehlend auf dieses Organ hinzuweisen; es müßte ein jeder Handwerksmeister abonnieren. Bestellungen nimmt die Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Verbandes deutscher Handwerker in Polen, E. V., Sitz Bromberg, ul. Jagiellońska 14, entgegen.

X **Miljonówka.** Bei der Miljonówkaziehung am letzten Sonnabend wurde die **Nr. 4 424 836** gezogen.

Arbeiterversammlungen gegen die Teuerung. Große Versammlungen aller Arbeiterorganisationen finden heute, Dienstag, abends 7 Uhr an 2 verschiedenen Stellen statt. Auf der Tagesordnung stehen: die Teuerung, die Steuern und andere zeitgemäße Sachen.

Die polnische Geigerin Irena **Dubiska** gibt am Dienstag, dem 2. Oktober, ein Konzert im Evangelischen Vereinshaus. Das Konzert, in dem Prof. Raczkowski der Geigerin am Klavier assistieren wird, bringt außer Kompositionen von Mozart und Isaye neue Werke polnischer Tonsetzer (darunter noch ungedruckte), unter ihnen eine Sonate für Klavier und Geige von dem in Posen lebenden Prof. Lucian Kamieński mit dem Komponisten am Klavier. Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ul. Fredry Nr. 1.

Im Palasttheater wird seit Montag ein neuer Film „Purpurnes Blut" aufgeführt, der die volle charakteristische Schönheit der spanischen Stierkämpfe vergegenwärtigt und wegen der dortigen politischen Vorgänge in der Gegenwart ganz besonderes Interesse erweckt.

bw. **Brandbericht.** Die Feuerwehr wurde gestern vormittag nach 10 Uhr zu einem Brande nach Winiary gerufen. Ein mit Stroh bedecktes Haus wurde nahezu vollständig eingeäschert.

X **Beschlagnahmte Sachen.** Im 3. Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa 40 (fr. Margaretenstraße) lagern 5 Gänse, 2 Enten und ein Kaninchen, sämtlich geschlachtet. Die Tiere sind offenbar gestohlen worden und können in dem angegebenen Kommissariat besichtigt werden. — Ferner lagert im 7. Kommissariat in der ul. Staszyca (fr. Moltkestraße) ein Paar schwarze Pferdegeschirre mit weißem Beschlag, ohne Leine, und ein Paar schwarze Geschirre mit weißen Schlüsseln. Die Geschirre können im genannten Kommissariat besichtigt werden.

X **Einbruchsdiebstahl.** Aus einer Wohnung in der St. Martinstraße 13, die mit einem Nachschlüssel geöffnet wurde, wurden eine silberne Uhr und 150 000 M. bares Geld im Gesamtwerte von einer Million Mark gestohlen.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 10 Dirnen, 5 Betrunkene, eine Person wegen Bettelns, 6 Personen wegen Diebstahls und 2 Obdachlose.

---

* **Bromberg, 24. September.** Zu dem geheimnisvollen Mord in Krenzoly, über den wir vor einigen Tagen berichteten, meldet die „Deutsche Rundschau" noch folgendes: Die polizeilichen Ermittelungen haben ergeben, daß es sich um einen Mord handelt, dem die 31jährige Bronisława Borucka zum Opfer gefallen ist, die als Untermieterin bei einer Frau Wendland in Bromberg, Mittelstr. 14, wohnte. Die B. hatte Ende August keine Anstellung und trug sich mit dem Entschluß, sich eine Stellung zu verschaffen und zu diesem Zweck eine Reise zu unternehmen. Nun traf es sich, daß eines Tages ein Herr bei Frau Wendland vorsprach und fragte, ob die B. bei ihm als Köchin eintreten wolle. Er wäre Lehrer von Beruf, wohne zwei Bahnstationen von Bromberg entfernt und brauchte, da er Hochzeit feiern wolle, eine Köchin. Da die B. nicht zu Hause war, so kam er abends noch einmal, und beide wurden dahin einig, daß die B. bei ihm die Stellung annehme. Er beauftragte sie, am Nachmittag des nächsten Tages aus Bromberg abzufahren. Sie aber wollte, um nicht umständlichem Suchen ausgesetzt zu sein, sich gleich ihm anschließen, und beide verabredeten denn auch für Sonnabend, 2. September, vormittags 10 Uhr, ein Zusammentreffen am Fahrkartenschalter. Seither war die B. verschwunden, und erst jetzt hat man ihr trauriges Schicksal erfahren. Auf diese Reise nahm sie einen neuen, braunen Handkoffer mit zwei Handgriffen mit, der durch Riemen zusammengeschnallt wurde.

* **Inowroclaw, 24. September.** Am Freitag starb der in unserer Stadt allgemein bekannte und geschätzte Bürger, Max Ringer, Begründer der gleichnamigen Möbelfabrik. Der Verstorbene verstand es, durch unermüdlichen Fleiß sein Unternehmen stets zu vervollkommnen und zu erweitern.

□ **Pinne, 24. September.** Der Männergesangverein plant für November sein Herbstvergnügen in Form einer Theateraufführung. Die Veranstaltung verspricht einen genußreichen Abend.

* **Strelno, 23. September.** In der letzten Sitzung des Charitativen Komitees wurde beschlossen, als Opfer für dieses Komitee je ein halbes Pfund Getreide und ein halbes Pfund Kartoffeln vom Morgen abzuliefern.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg** 23. September. Das jüdische Viertel der Stadt ist niedergebrannt. Zwei Synagogen und 70 Häuser wurden zerstört. 150 Familien sind obdachlos.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

M. Kl. Ihr „letztes Wort" ist, da es nicht mehr sachlich ist und Anrempelungen des anderen Einsenders enthält, zur Aufnahme nicht geeignet. Völlig unverständlich ist ihr Schlußsatz. „Also, bitte in Zukunft immer hübsch sachlich bleiben, Herr Major!" Sie scheinen anzunehmen, daß der andere Einsender im Nebenberufe „Major" ist. Sie haben damit gründlich vorbeigeraten.

E. E. in R. Immer noch unentgeltlich.

Sch. in Kr. Da, was aus Ihrer Anfrage allerdings nicht einwandsfrei hervorgeht, die Brücke nicht auf Ihrem eigenen Grund und Boden errichtet ist, so dürfen Sie diese nicht ohne weiteres wieder abbrechen.

F. J. F. Die Kisten hätten von dem Beamten versiegelt werden müssen. 2. Im allgemeinen eine Geldstrafe.

Handel und Wirtschaft.

≡ **Getreide- und Dollarrentenbriefe der Posener Landschaft.** Am 18. Juni 1923 ist eine wichtige Änderung der Satzungen der Landschaft vorgeschlagen und am 30. Juli 1923 auch vom Ministerrat bestätigt worden. Die Änderungen sind: 1. Die Ausgabe von Dollar- und Getreiderentenbriefen. 2. Die unbeschränkte Haftpflicht der Genossenschafter für Verpflichtungen der Landschaftsbank. Bei den Roggendarlehen werden 6 Prozent jährlich als Schuldverzinsung und 1 Prozent als Verwaltungskostenbeitrag in Rechnung gestellt, während bei den Dollarbriefen 8 Prozent als jährliche Schuldverzinsung und 1 Prozent Verwaltungskostenbeitrag berechnet werden. Entsprechend dem Zinssatz werden diese Papiere dem Besitzer 6 bzw. 8 Prozent Zinsen bringen. Die Papiere werden nur in Form von Zusatzdarlehen ausgegebn, d. h. ausschließlich an die Genossenschafter, die ein Grunddarlehn der Landschaft, auf Mark lautend, besitzen. Besitzen diese kein Markdarlehn oder haben sie ein solches bereits abgedeckt, so muß erneut ein Markdarlehn aufgenommen werden, da ja dieses allein den Hauptgrund bildet, der die Genossenschafter mit der Landschaft verbindet. Die Landschaft gibt dem Werte des Bodens entsprechend auf einen Hektar Land Roggenbriefe im Werte von 400—1600 Kilogramm Roggen, bei den Dollarbriefen 8—32 Dollar. Die Posener Landschaft weist die Landwirte auf rege Beteiligung an dieser Einrichtung hin und gibt Auskunft an Interessenten durch ihre Bank, die ehem. Pos. Landsch. Bank, jetzt „Bank Poznańskiego Ziemstwa Kreditowego".

♂ **Die tschecho-slowakische Holzausfuhr** hat sich im Juli auf 440 000 To. belaufen, was gegenüber dem Monat Juni ein Minus von 60 000 To. bedeutet, gegenüber dem Juli 1922 dagegen ein Plus von 140 000 To. Der Rückgang der Ausfuhr ist namentlich auf das Nachlassen der deutschen Bestellungen (70 000 To. weniger) zurückzuführen. Aber auch nach Österreich-Ungarn und der Schweiz wurde weniger exportiert. Erheblich gestiegen ist dagegen die Ausfuhr nach Westeuropa, namentlich von wertvollem Schnittholz sowie auch nach Polen und vor allem nach Südslawien, wohin der Export sogar um 500 v. H. gesteigert werden konnte.

Kurse der Posener Börse.

	25. September	24. September
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I. Em. . .	17 000	17 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em. (ohne Bezugsrecht)	40 000	35 000—37 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	—,—	20 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	4900—5000	4700
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	3000	—,—
Bank Handl.-Przemysł. w Grodz. I.-II.	3000	—,—
Industrieaktien:		
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	15 000—13 500	12 000—13 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	14 000—13 500	14 500—13 500 —14 000
Centrala Rolników I.—VI. Em. .	5000	—,—
Centrala Skór I.—V. Em.	27 000—25 000	27 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	40 000	—,—
Goplana I.—II. Em.	25 000	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em.	6500 —,—	7250—6500 —7000
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	50 000	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4800	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	55 000	57 000—55 000
Iskra I.—III. Em.	52 000	52 000
Juno I.—II. Em.	16 000	15 500
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	775 000	800 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	450 000—430 000	450 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	2500	28 000—30 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	—,—	40 000
Płótno I.—II. Em.	23 000	23 500—24 000 —23 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	8000-7500-8000	12 000—13 000
Patria I.—VIII. Em.	—,—	17 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	39 000—38 000	40 000—39 000
Pneumatik I.—III. Em.	4000—5000	4000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . . .	—,—	40 000
Tri I.—III. Em.	15 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	97 500	100 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	40 000	45 000—42 000
Wisla, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	120 000-130 000	150 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	7000	7000
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em.	45 000	—,—
Zjedn. Browar. Grodziskie (o. Bezugsr.	33 500	—,—

Tendenz: nicht einheitlich.

Danziger Frühkurse vom 25. September.

Die polnische Mark in Danzig 47 000

Der Dollar in Danzig 145 000 000

Warschauer Vorbörse vom 25. September.

Deutsche Mark in Warschau 0,0018

Dollar . . . . 294 500 Geld, 298 000 Brief

Englische Pfund in Warschau . . 1 357 000

Schweizer Franken in Warschau . . . 53 200

Französischer Franken in Warschau . 18 100

Warschauer Börse vom 24. September.

Devisen:

Belgien	15 500	Paris	18 100
Berlin	0.00205	Prag	8970
London	1 367 000—1 360 000	Schweiz	53 400—53 200
Neuyork	298 000	Wien	420
Holland	118 000	Italien	13 550

Berliner Börsenbericht

vom 24. September.

Disk.-Komm.-Anl.	400 000 000.—	Auszahlung Holland	—.—
Auszahlung Warschau	—.—	„ London	675 000 000.—
Polnische Noten	50 000.—	„ Neuyork	147 000 000.—

Von den Banken.

△ Bankausweis der P. K. K. P. Aktiva: Metallvorräte nach der Parität Gold 48 070 508,23, Silber 32 993 970,45 Ausländ. Bilon 1 314 792,31, zusammen 82 379 270,99 (+ 233 894,54). Auslandsvaluten in Zl. 2 267 410,34. Kursunterschied 55 416 694 180,61, zus. 55 418 961 590,95 (+ 4 255 635 057,40). Nostrorechnungen in Goldmark 27 511 495,47, Kursunterschied 627 954 097 840,39, zus. 627 981 609 335,86 (+ 287 627 230 377,79). Wechselportefeuille 1 517 280 815 627 (+ 145 129 906 024). Terminanleihen und offene Kredite 556 174 619 663 (— 81 093 548 795). Schwebende Schuld des Staates 7 585 500 000 000 (+ 1 112 500 000 000). P. K. O. 1 243 723 798,17 (— 221 453 116,25). Wertpapiere 71 460 043 485,73 (+ 5 911 251 905). Andere Aktiven 947 864 849 248,61 (+ 241 279 621 195,19). — Passiva: Reservefond 50 347 758 373,94 (unv.). Banknotenuml. 7 883 426 460 941,50 (+ 1 011 649 938 559,50). Girorechnungen und sofort zahlbare Verpflichtungen der Zentralstaatskasse und anderer Staatskassen einschließlich Militärkassen 248 944 038 903,90. P. K. O. 27 430 758 552,70. Andere Rechnungen 2 023 452 489 409,98, zus. 2 299 827 277 866,58 (+ 572 063 283 921,50). Andere Passiven 1 129 405 604 838,29 (+ 131 675 659 161,67. Gesamtsumme der Bilanz 11 363 007 102 020,31. (Diskontsätze: 12 Proz. Wechseldiskont, 12 Proz. Lomb. auf Wertpapiere, 9 Proz. Lomb. auf 8proz. Goldanleihe, 7 Proz. Lomb. auf die 4proz. Prämienanleihe, 7 Proz. Lomb. auf die 6proz. Zlotybons, 5½ Lomb. auf die 5proz. Odrodzeniaanleihe.)

Börse.

≠ Die P. K. K. P. zahlte für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 140 400 (96 200), Mark 65 000 (26 700), Krone 55 300 (22 300), lateinische Münzeinhet 52 600 (22 300). Dollar 273 000 (128 600). Pfund Sterling 1 328 600 (sh 27 900), türk. Pfund 1 197 600. Schwedenkrone 73 100 (32 000), holl. Gulden 109 700 (50 500). österr. Dukaten 624 500 (Fl. 59 400) belg. und holländ. Dukaten 623 100, 1 g Feingold 181 456 (5343).

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 24. Sept. (In 1000 Mkp. für 1 g): Gold 245—250, Platin 1160, Silber 7.2; Silberrubel 100. Tendenz fester. — Neuyork, 22. Sept. Diskontsatz 4. Ausländ. Silber 65½.

Kohle und Koks. Kattowitz, 24. Sept. Nuß Ia und Ib 100 000 Mkp., Nuß II 90 000, Kleinkohle 80 000.

Baumaterial. Warschau, 24. Sept. (Orientierungspreise.) Gew. Ziegel 1000 Stück 1 600 000, Maschinenziegel 1 700 000, loko Ziegelei. Kacheln 12—15

Metalle. Kattowitz, 24. Sept. (In Tausend Mkp.) Stab- und Fassoneisen 14,4, Bandeisen 16,7, Universal 17,3, Zinkblech bis 1 Mm. 25,5, 1—3 Mm. 24, 3—5 Mm. 21,8, grob 5—6 Mm. 21,2, 6—7 Mm. 20,8, 7—8 Mm. 20,4, 8—40 Mm. 19,8, Falzblech 3—4 Mm. 25,75, 4—5 Mm. 24,75, 5—6 Mm. 23,7, 6—7 Mm. 22,8, 7—8 Mm. 21,8, 8—9 Mm. 21,6, 9—10 Mm. 21,4, 10 Mm. und stärker 21. Alle Preise verstehen sich für 1 Kg. loko Hütte mit allen derzeitigen Zuschlägen. Bei nicht sofortiger Kasse werden 2 Proz. Zinsen täglich gerechnet.

Die heutige Ausgabe hat 4 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A. sämtlich in Poznań.